

AMT DER NIEDERÖSTERREICHISCHEN LANDESREGIERUNG
Gruppe Finanzen - Abteilung Finanzen
Postanschrift 3109 St. Pölten, Landhausplatz 1

Amt der Niederösterreichischen Landesregierung, 3109

Herrn Präsidenten
des NÖ Landtages

Landtag von Niederösterreich
Landtagsdirektion

Eing.: 09.09.2009

zu Ltg.-257-1/A-2/11-2009

W- u. F-Ausschuss

Bürgerservice-Telefon 02742-9005-9005

In Verwaltungsfragen für Sie da. Natürlich auch außerhalb
der Amtsstunden: Mo-Fr 07:00-19:00, Sa 07:00-14:00 Uhr

Beilagen

F1-A-140/420-2009

Kennzeichen (bei Antwort bitte angeben)

-	Bezug	Bearbeiter	(0 27 42) 9005	Durchwahl	Datum
		Öllerer		12428	8. September 2009

Betrifft

Einführung einer Finanztransaktionssteuer auf EU- und internationaler Ebene und Schaffung einer europäischen und internationalen Finanzmarktaufsicht; Resolution des NÖ Landtags vom 14.05.2009; Stellungnahme der Bundesregierung

Sehr geehrter Herr Präsident!

Der NÖ Landtag hat in seiner Sitzung am 14. Mai 2009 den Resolutionsantrag der Abgeordneten Hinterholzer, Doppler, Moser, Mag. Riedl, Mag. Schneeberger und Ing. Schulz betreffend Einführung einer Finanztransaktionssteuer auf EU- und internationaler Ebene und Schaffung einer europäischen und internationalen Finanzmarktaufsicht, Ltg.-257-1/A-2/11-2009, zum Beschluss erhoben.

Dieser Beschluss wurde der NÖ Landesregierung zu Handen des Herrn Landeshauptmanns zugestellt und von dieser mit Schreiben vom 3. Juni 2009 der Bundesregierung zur Kenntnis gebracht.

Vizekanzler Finanzminister DI Josef PRÖLL hat dazu mit Schreiben vom 6. Juli 2009 folgende Stellungnahme abgegeben:

"Sehr geehrter Herr Landeshauptmann-Stellvertreter!

Lieber Wolfgang!

Parteienverkehr: Dienstag 8 - 12 Uhr, St. Pölten, Landhausplatz 1, Haus 2 - 4

zu erreichen mit: Wiesel-, Regional- und Citybus - Zufahrt: Parkgarage P 3

Zum Nahzonentarif erreichbar über Ihre Bezirkshauptmannschaft + Durchwahlklappe bzw. mit 109 die Vermittlung

Telefax (02742) 9005/15937 - e-mail: <mailto:post.f1@noel.gv.at> - Internet <http://www.noel.gv.at> - DVR: 0059986

Für Dein Schreiben vom 3. Juni 2009 und die Übermittlung der Resolution des NÖ Landtages vom 14. Mai 2009 betreffend Finanztransaktionssteuer danke ich Dir sehr herzlich.

Seitens der Bundesregierung sind wir schon vor längerer Zeit dafür eingetreten, dass auf europäischer Ebene die Durchführbarkeit einer EU-weiten Einnahmequelle, wie einer Finanztransaktionssteuer, geprüft werden soll.

Ein Alleingang Österreichs ist hingegen wäre nicht sinnvoll, da vielmehr unser Bestreben ist, einen möglichst umfassenden räumlichen Anwendungsbereich für eine solche Steuer festzulegen, der nicht auf die EU-Mitgliedstaaten beschränkt wird, sondern ganz Europa umfasst. Darüber hinaus sollte die Einführung einer Finanztransaktionssteuer jedoch weltweit gefordert und ein globaler Umsetzungsplan vorgeschlagen werden.

Wir werden daher die verbindliche Einführung einer Finanztransaktionssteuer auf internationaler Ebene, insbesondere gegenüber den EU-Partnern, Europäischen Institutionen sowie im Rahmen der Diskussionen und Verhandlungen zum Review und der Neugestaltung des Haushalts der EU mit Nachdruck zu vertreten.

Aufbauend auf den im Februar vorgelegten Empfehlungen der High Level-Gruppe unter der Leitung von De Larosière hat die Europäische Kommission im Mai ihre Vorschläge zur Finanzmarktarchitektur in Europa vorgelegt, die nun auch vom Europäischen Rat begrüßt wurden.

Bereits im Herbst wird die Europäische Kommission ihre legislativen Vorschläge vorlegen, sodass die neue Architektur 2010 realisiert werden kann. Konkret soll ein Europäisches Board für systemische Risiken (ESRB) geschaffen werden, dessen Aufgabe die Beobachtung systemischer Risiken und Schaffung eines makroprudentiellen Risikowarnsystems sowohl auf europäischer als auch auf globaler Ebene ist. Das Gremium soll aber nicht nur Warnung aussprechen, sondern auch befugt sein, entsprechende Empfehlungen zur Beseitigung der Risiken zu verabschieden und ein Monitoring zur Umsetzung der Empfehlungen zu etablieren.

Als zweite Säule soll das aus den zu drei 'Authorities' aufgewerteten drei Level 3-Ausschüssen und den nationalen Aufsehern bestehende Europäische System der Finanz-

aufsicht (ESFS) als dezentrales Netzwerk vor allem die Kooperation der nationalen Aufseher bei grenzüberschreitend tätigen Banken verbessern. Diese drei neuen Behörden sollen auch dafür Sorge tragen, dass die EU-weit vereinbarten Regeln möglichst konsistent angewendet werden. Das ESFS soll weiters EU-weit bindende technische Aufsichtsstandards erlassen können und bei bestimmten Konfliktfällen eine Entscheidungsbefugnis erhalten. Ebenso soll es künftig Ratingagenturen beaufsichtigen.

Der Vorschlag der Kommission wurde seitens Österreichs in den Verhandlungen unterstützt, wenngleich wir einen weiterreichenden Ansatz im Sinne eines Aufbaus eines Europäischen Aufsichtssystems (Übertragung von Aufsichtskompetenzen für grenzüberschreitend agierende Finanzinstitute an eine Europäische Aufsichtsbehörde) bevorzugen. Wichtig ist, dass die nunmehr geplante Europäische Architektur den Weg zu einer Europäischen Aufsichtsbehörde in weiterer Zukunft nicht verbaut, d. h. dass auf dem nun vorgesehenen institutionellen Gefüge gut aufgebaut werden kann. Mit der Realisierung der Vorschläge der EK ist nun das Fundament für eine Europäische Aufsicht gegeben, die Übertragung der entsprechenden Kompetenzen an eine Europäische Aufsichtsbehörde wäre der finalisierende Schritt.

Ich versichere Dir, wir werden uns auch weiterhin - im Rahmen unserer Möglichkeiten - für diese Initiative einsetzen."

Die NÖ Landesregierung beehrt sich, dies zu berichten.

NÖ Landesregierung
Mag. Wolfgang SOBOTKA
Landeshauptmann-Stellvertreter